



Plenarsitzungsdokument

B8-1428/2015

21.12.2015

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 133 der Geschäftsordnung

zur Notwendigkeit einer besonderen Unterstützung für christliche Flüchtlinge

Marek Jurek

Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments zur Notwendigkeit einer besonderen Unterstützung für christliche Flüchtlinge

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 21. Januar 2010 zu den jüngsten Angriffen auf christliche Gemeinschaften¹,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. November 2007 zu den schwerwiegenden Vorfällen, die die Existenz christlicher und anderer religiöser Gemeinschaften gefährden²,
 - gestützt auf Artikel 133 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass bei Migrationsbewegungen religiöse Verfolgung stattfindet und zum Beispiel im April 2015 zwölf Christen während des Gebets über Bord eines Bootes geworfen wurden und ertranken;
- B. in der Erwägung, dass ein Mann aus Eritrea und seine schwangere Frau in der deutschen Stadt Hemer von algerischen Einwanderern angegriffen wurden, weil der Mann ein Kreuz getragen hatte;
- C. in der Erwägung, dass eine christliche Familie aus dem Irak in dem Aufnahmelager für Asylbewerber im bayerischen Freising angegriffen wurde und später aufgrund der unerträglichen Drohungen nach Mosul zurückgekehrt ist;
- D. in der Erwägung, dass Assyrer aus Göteborg (Schweden) auf eine Weise angegriffen wurden, die für die Terrormiliz ISIS kennzeichnend ist;
- E. in der Erwägung, dass hochrangige deutsche Polizeibeamte aus Sicherheitsgründen eine getrennte Unterbringung von Christen in den Flüchtlingslagern gefordert haben;
- F. in der Erwägung, dass die Verfolgung christlicher Flüchtlinge nach Aussagen des Zentralrats Orientalischer Christen in Deutschland aus ideologischen Gründen verschwiegen wird;
1. fordert die Behörden der EU und die Medien auf, über Fälle von Christenfeindlichkeit zu berichten;
 2. fordert alle einschlägigen Behörden auf, die Verfolgung von Christen zu verhindern;
 3. fordert die Regierungen auf, die Umsiedlung von Christen aus Lagern, in denen ihre Sicherheit gefährdet ist, zu ermöglichen und voranzutreiben.

¹ ABl. C 305 E vom 11.11.2010, S. 7.

² ABl. C 282 E vom 6.11.2008, S. 474.